

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

15. Februar 2016

Sprecher Gert Bork
Mühlenweg 78
46486 Wesel
Telefon 0281 - 64355
g.bork@t-online.de

www.betuwe-niederrhein.de

Bundesverkehrsminister Dobrindt und sein Staatssekretär Barthle sollen uns erklären, warum wir am Niederrhein und im Ruhrgebiet nur Bürger 2. Klasse sind

So, wie wir Frau Ministerpräsidentin Kraft am 9. Februar 2016 gebeten haben, uns zu erklären, warum Bürger in Baden-Württemberg besser geschützt werden als wir am Niederrhein, so fragen wir auch den Bundesverkehrsminister Dobrindt und den parlamentarischen Staatssekretär Barthle vom Bundesverkehrsministerium.

Herr Staatssekretär Barthle hatte in der Bundestagsdebatte vom 28. Januar 2016 gute Argumente eingebracht, deshalb wenden wir uns auch an ihn.
Die politische Verantwortung liegt beim Minister – wir in NRW verlangen Gleichbehandlung.

In Baden-Württemberg werden durch Sondereinbarungen mit dem Bund die Bürger besser gestellt. Die Summe von 1,5 Mrd. € wurde extra für Sondermaßnahmen zur Verfügung gestellt – unter anderem für einen 7 km langen Tunnel in Offenburg für etwa 60.000 Einwohner – das ist für uns in Ordnung; aber wir am Niederrhein reden bei 73 km Strecke für knapp eine halbe Million Anwohner von „nur“ 200 Mio. € an Mehrkosten (bei Gesamtkosten 1,7 Mrd. €).

Es ist keinem Anwohner zu erklären, warum auf einer Bahnstrecke von Emmerich bis Freiburg bei vergleichbarer Belastung keine gleichen Bedingungen herrschen sollen.

Als Begründung wird angeführt, dass sich Baden-Württemberg an den Maßnahmen mit ca. 280 Mio. € beteiligt. Für uns ist damit kein Unterschied zu Nordrhein-Westfalen erkennbar, denn unser Land beteiligt sich mit knapp 500 Mio. € auch am Ausbau der Strecke!

Trotz massiver Kostenübernahme durch das Land NRW sind wir hier Bürger 2. Klasse? Wir haben Minister Dobrindt und seinen Staatssekretär gebeten, die Ablehnung unserer – vergleichsweise doch bescheidenen – Forderungen zu erklären.

Anlagen:

Brief an Staatssekretär Barthle vom 12. Februar 2016
Brief an Bundesverkehrsminister Dobrindt vom 15. Februar 2016

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen allein in unserer kleinen Region werden permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet. Abnehmende Lebensqualität schädigt unsere Gemeinwesen. Der Lärmteppich reicht rechts und links der Gleise jeweils einen Kilometer, tödliche Gaswolken nach Gefahrgutunfällen breiten sich rechts und links der Gleise jeweils bis zu acht Kilometer aus.